



An die Bürgervorsteherin

Matthias Scheffler

*25421 Pinneberg
Berliner Str. 67
Telefon: 04101/37 55 831
Telefax: 04101/37 55 832
E-Mail:
scheffler@fdp-pinneberg.de
Internet: <http://www.fdp-pi.de>*

10.12.2009

Betreff : Ratsversammlung am 17.12.2009

Hier: Antrag zum Tagesordnungspunkt Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan der Stadt Pinneberg für das Haushaltsjahr 2010

Sehr geehrte Frau Bürgervorsteherin

Namens der FDP-Fraktion stelle ich folgenden Antrag:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

1. Das derzeitig durch den Stadtentwicklungsausschuss initiierte Verfahren zur Entwicklung des Eggerstedtgeländes wird mit sofortiger Wirkung eingestellt.
2. Der Beschluss der Ratsversammlung vom 27.04.2009 wird umgesetzt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ihren Ansatz weiterhin konsequent zu verfolgen, in Verhandlungen mit der BIMA ein für die Stadt finanziell vorteilhaftes Ergebnis zu erzielen. Dabei sind sowohl der Vollerwerb des Grundstückes aber auch Gewinnbeteiligung bei gemeinsamer Verwertung denkbar.
4. In den Verhandlungen ist deutlich zu machen, dass in den dann erfolgenden Planungen der Stadt weitestgehend Bildungseinrichtungen vorgesehen sind. Hierauf ist die Investorensuche auszurichten.

Begründung:

Im Ausschuss für Stadtentwicklung wurde am 10.11.2009 der Beschluss gefasst, dass die Verwaltung, faktisch kostenfrei, für die BIMA auf Investorensuche gehen soll. Darüber hinaus wird in der Begründung zu diesem

Beschluss explizit festgehalten: „Unmittelbare finanzielle Vorteile für die Stadt Pinneberg sind nicht das Ziel bei der Entwicklung des Kasernen-Geländes.“

Vor dem Hintergrund der Haushaltslage, kann dieser Beschluss unmöglich Bestand haben.

Die 35 ha Eggerstedtgelände befinden sich bekanntermaßen in guter Lage innerhalb der Stadtgrenzen Pinnebergs. Sie stehen als Konversionsfläche in alleinigem Eigentum des Bundes.

Es ist nicht vermittelbar, warum die Ratsversammlung Resolutionen verabschiedet, die eine Forderung nach ausreichender finanzieller Ausstattung der Stadt durch Land und Bund zum Inhalt haben. Ebenso wenig ist vermittelbar, dass allseits beklagt wird, dass durch nicht finanzierte Aufgabenzuweisungen (auch) durch den Bund an Städte und Gemeinden, letzteren „in die Tasche“ gegriffen wird. Andererseits jedoch ist der Bund durch die Planungen der Stadt in Sachen Eggerstedt der einzige finanzielle Nutznießer dieser Maßnahme.

Es wird sogar schriftlich festgehalten, dass finanzielle Vorteile der Stadt nicht Ziel der Planungen sind.

Ein Ausschuss der Stadt ist kein selbstständiges Organ. Er kann nach der Gemeindeordnung zur Arbeitsvorbereitung für die Ratsversammlung eingerichtet werden. Das oberste Entscheidungsorgan ist und bleibt die Ratsversammlung. Diese hat mit 20:10 Stimmen am 27.04.2009 einen Beschluss zum Eggerstedtgelände gefasst:

Der Rahmen wird aufgehoben. Damit entfallen auch die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlags der Vorlage DS-Nr. 09/001

Die damit entfallenen Punkte 2 und 3 beinhalteten unter

2. Eine Machbarkeitsstudie zur Einrichtung qualifizierter, ggf. national oder international bedeutender Bildungseinrichtungen in der Gartenstadt Eggerstedt ist vorzubereiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen
und unter

3. Die Verwaltung wird gebeten, zu einer fraktionsübergreifenden Steuerungsgruppe einzuladen, welche im weiteren Entwicklungsprozess der Gartenstadt Eggerstedt die zuständigen städtischen Interessen formuliert und die notwendigen Entscheidungen der zuständigen Gremien vorbereitet.

Damit wurde das jetzige Verhalten des Ausschusses für Stadtentwicklung eigentlich explizit ausgeschlossen. Der Ausschuss ist dringend gehalten, sich an Beschlüsse der Ratsversammlung zu halten.

Von der Mehrheit der Ratsversammlung war vielmehr gewollt, so war es den Beiträgen zu entnehmen, dass die Verwaltung ihre interne Arbeit zum finanziellen Interessenausgleich mit der BIMA fortsetzt.

Bezugnehmend auf einige Äußerungen, die das große Interesse von Bildungsträgern zum Inhalt haben, ist noch anzumerken, dass das Verhalten der Bildungsinvestoren sich nicht dadurch ändern wird, ob das Grundstück von der BIMA allein oder in (auch finanzieller) Kooperation mit der Stadt entwickelt wird.

Matthias Scheffler
Fraktionsvorsitzender